

17.12.2019

Niederschrift über die Senatssitzung

(I.12)

Frau Senatorin Dr. Leonhard trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2019/2891, betreffend

Konsequenzen aus den gewalttätigen Ausschreitungen während des
G20-Gipfels

Zugleich Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der
Bürgerschaft vom 26. September 2018 "Konsequenzen aus der
Aufarbeitung der gewalttätigen Ausschreitungen rund um den G20-
Gipfel im Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft"

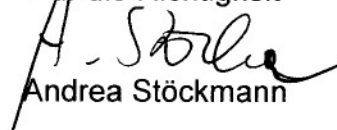
(Drucksachen 21/14466, Ziffer I.6 und 21/14470, Teil II.),

vor und gibt Änderungen in der Mitteilung an die Bürgerschaft zur Niederschrift:

Der Senat nimmt Kenntnis und beschließt die vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft
mit den zur Niederschrift gegebenen Änderungen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Andrea Stöckmann



Eing.: 11. DEZ. 2019

Berichterstattung:
Senatorin Dr. Leonhard
Staatsrätin Lotzkat

TOP I. 12
B

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2019/02891
vom: 11.12.2019

Konsequenzen aus den gewalttätigen Ausschreitungen während des G20-Gipfels

Zugleich Stellungnahme des Senats zu den Ersuchen der Bürgerschaft vom 26. September 2018 „Konsequenzen aus der Aufarbeitung der gewalttätigen Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel im Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft“ (Drucksachen 21/14466, Ziffer I.6 und 21/14470, Teil II.)

A. Zielsetzung

Stärkung der Extremismus- und Gewaltprävention im Bereich linker Militanz und nicht politisch motivierter Gewalttaten von Jugendlichen und Jungerwachsenen innerhalb von Protestgeschehen gemäß der Ersuchen der Bürgerschaft an den Senat vom 26. September 2018 „Konsequenzen aus der Aufarbeitung der gewalttätigen Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel im Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft“ (Drs. 21/14466, Ziffer I.6) und Konsequenzen aus der Aufarbeitung der gewalttätigen Ausschreitungen rund um den G20-Gipfel im Sonderausschuss der Hamburgischen Bürgerschaft, Hier: Finanzielle Unterstützung der Konsequenzen zur Stärkung der Akademie der Polizei sowie Stärkung der Extremismus- und Gewaltprävention“ (Drs. 21/14470, Teil II.).

B. Lösung

In einem behördenübergreifenden Konzept werden bereits bestehende Maßnahmen und Angebote sowie neue Ansätze zu einer Doppelstrategie zur Vorbeugung und Bekämpfung von linker Militanz und nicht politisch motivierten Gewalttaten von Jugendlichen und Jungerwachsenen innerhalb von Protestgeschehen zusammengeführt.

Die Umsetzung des Konzeptes erfolgt in den kommenden Jahren, die BASFI übernimmt hierbei die Koordinierung der überbehördlichen Zusammenarbeit. Dabei werden die Maßnahmen regelmäßig überprüft, um den Erfolg der Maßnahmen sicherzustellen und Qualität zu gewährleisten.

Die sicherheitsbehördlichen Aufgaben bleiben hiervon unberührt.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Für die entstehenden Personalkosten sowie die korrespondierenden Sachkosten werden Mittel in Höhe von jährlich bis zu 500 Tsd. Euro in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 im benötigten Umfang in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 per Sollübertragung aus der allgemeinen zentralen Reserve in der PG 283.02 Zentrale Ansätze II an den Einzelplan 4.0 übertragen.

Zur Umsetzung des bürgerschaftlichen Ersuchens Drucksache 21/14470, Teil II. wurden im Einzelplan 4.0 im laufenden Haushalt zwei VZÄ, die entsprechenden Stellen und die korrespondierenden Personal- und Sachkosten in Höhe von insgesamt 500 Tsd. Euro jährlich ausgeplant. Sollten sich darüber hinaus weitere Stellen- oder Ressourcenbedarfe ergeben, sollen diese gemeinsam mit den o.g. laufenden Kosten, mit der Veranschlagung des Haushalts 2021/2022 strukturell eingeworben werden.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Die dargestellten Maßnahmen mindern im Saldo als Aufwendungen im Jahr ihrer Entstehung über die Ergebnisrechnung das Eigenkapital der FHH.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf

☒ Familienpolitik

Das Demokratieverständnis von jungen Menschen wird gefördert und gestärkt.

☐ Klimaschutz

☐ Bürokratieabbau

☐ Inklusion

☒ Gleichstellung

Das Konzept richtet sich an Frauen und Männer gleichermaßen. Auf Grundlage bestehender und zukünftiger Forschungsergebnisse sowie Datenlagen werden Maßnahmen zudem auch unter Geschlechts- und Genderaspekten geprüft, angepasst oder neu konzipiert.

G. Alternativen

Verzicht auf die Umsetzung der Strategie.